



Sagt nein!

Keine Bundeswehr nach Mazedonien

UN-Blauhelme einsetzen - Parlamentsvorbehalt muss bleiben!

Die Internationalen Ärzte für Frieden und in sozialer Verantwortung fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, gegen den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien zu stimmen. Wir fordern statt dessen die Entsendung von UN-Blauhelmen nach Mazedonien und ein verstärktes Engagement der OSZE.

Lassen Sie sich nicht auf eine weitere Militarisierung deutscher Außenpolitik ein. Friedenspolitik heißt Konflikte zivil zu bearbeiten, nicht militärisch zu intervenieren. Mit dem Nato-Einsatz in Mazedonien sind dagegen eine weitere Eskalation der Gewalt und Kampfeinsätze von Nato und deutschem Militär zu befürchten. Denn die NATO ist schon deshalb als Konfliktvermittlerin ungeeignet, da sie sich in den Augen der mazedonischen Bevölkerung als Bundesgenossin der albanischen UCK diskreditiert hat.

Lassen Sie sich nicht täuschen. Der Mazedonien-Einsatz ist nur ein weiterer Schritt hin zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr, die ausschließlich als Verteidigungsarmee konzipiert worden ist. Wie eine Salami wird die Friedenspolitik Deutschlands seit Jahren zerlegt. Scheibe für Scheibe wird die Vorkherrschaft der Politik beschnitten und die Militarisierung der Außenpolitik vorangetrieben:

1994 hat das Bundesverfassungsgericht die Out-Of-Area-Einsätze der Bundeswehr genehmigt. Im Rahmen eines "akzeptierten Systems kollektiver Sicherheit" - das heißt für die Richter die NATO.

1999 beteiligte sich die Bundeswehr ohne UN-Mandat an dem Bosnienkrieg gegen Jugoslawien. Das war die erste Kriegsbeteiligung Deutschlands nach 1945.

Heute strebt die deutsche Regierung den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien an. Statt dessen könnten allein durch die Sperrung der UCK-Auslandskonten in Deutschland die Waffenkäufe unterbunden werden und durch schnelle wirtschaftliche Hilfe und Förderung gezielter Projekte die Zivilgesellschaft in Mazedonien gefördert werden.

Und in Zukunft? Schon fordern Politiker, dass die Regierung ohne das Parlament über Einsätze der Bundeswehr entscheiden kann: Das Grundgesetz müsse geändert und der demokratische "Parlamentsvorbehalt" aufgehoben werden. Eine "interessante Idee", urteilt Gerhard Schröder.

Wir fordern alle Bundestagsabgeordneten und alle Deutschen auf, sich gegen die militärische Option zu entscheiden. Wir Ärzte wissen: Krieg geht immer zu Lasten der Zivilbevölkerung: Deshalb: Sagt nein!



IPPNW
Internationale Ärzte für die
Verhütung des Atomkrieges/
Ärzte in sozialer Verantwortung
Körtestr. 10
10967 Berlin
Tel. 030 / 693 02 44
Fax 030 / 693 81 66
Email: ippnw@ippnw.de
Internet: www.ippnw.de